

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn. u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährl. 1 Mr. 50 Pf. (ohne Briefporto).

Post-Briefzettelnummer 6858.

Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.

Einzelnummer 10 Pfennige.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit.

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnitzer Straße 43.

Inserate
werden die gesetzte Preise oder deren Raum mit 15 Pf.
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.

Redaktions-Sprechstunde: 11—1 Uhr.

Gernsprecher: Amt L Nr. 1366.

Nr. 33.

Dienstag, den 10. Februar 1903.

2. Jahrgang.

Die „freie“ Kirche im „freien“ sozialdemokratischen Zukunftsstaat.

Unter den verschiedenen Tieren der EidechsenGattung ist das Chamäleon von sprichwörtlicher Verlässlichkeit geworden wegen des raschen Wechsels in der Farbe seiner Haut. Die Färbung des Chamäleons ist nämlich sehr verschieden, je nach dem jeweiligen Gemütszustande, nach Temperatur und Belichtung.

Wegen dieser Fähigkeiten, in allen Farben zu schillern, und je nach Bedürfnis und den Verhältnissen entsprechend seine Farbe zu wechseln, empfehlen wir der Sozialdemokratie das Chamäleon als Wappentier.

Nichts ist nämlich den Sozialdemokraten so zuwider, als wenn man an sie die Frage richtet, welche Gretchen an den sie umschmeichelnden Faust richtet: „Tag, wie hast du's mit der Religion?“ Gerade wie Faust antworten sie dann mit einem Schwung von Redensarten, um bei den Hörern den Eindruck zu gewinnen: „So umgekehrt sagt das der Pfarrer auch, mir mit ein bisschen andern Worten.“ Wird man sich aber damit nicht zufrieden, sondern will eine offene und klare Beantwortung der Frage, so wird die Verlegenheit groß, zumal in Gegenden, wo die Volksmassen noch christlich denken und es daher für die Sozialdemokratie geboten ist, ihre Christentumseindliche Faust in der Faust zu machen.

Um jetzt vor der Reichstagswahl zieht die Sozialdemokratie wieder auf den Gimpelgang und hat zu diesem Zweck ihre Leinwand mit allerhand schönen Redensarten von Toleranz und religiöser Tuldung, vom Privatcharakter der Religion und anderen höchst verlockend aussehenden Sprüchen bestreut.

Doch ihr aber von der katholischen Presse die Heuchlermaske vom Gesicht gerissen und die ganze Hohlheit und Kadavercheinigkeit dieser Redensarten enthüllt wurde, ist zumal den sozialdemokratischen Blättern arg in die Parade gekommen.

Doch mit der Geschwindigkeit, mit welcher eine Maus ein Loch sucht und findet, hat diese Presse eine neue Ausrede eronnen, die etwas niedriger gehängt zu werden verdon, weil hier der sozialdemokratische Niedermann in seiner ganzen Verschlagenheit sich bloßstellt.

Non verbis fert; die Sozialdemokratie habe nichts weniger im Auge als eine Vernichtung der Kirche und des Christentums. Ihr Kirchenpolitisches Ziel sei kein anderes als die „freie Kirche im freien Staat“. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sei ja das bereits durchgeführt und die Kirche Jahre sehr gut dabei. Deshalb sei es ein blutiges Verbrechen, die Sozialdemokratie der Christentumseindlichkeit zu bezichtigen.

Alo singen die Genossen, doch es ist ein falsches Lied. Wollen wir einmal den utopischen Gedanken einer freien Kirche im freien Staat näher treten, so ergibt sich als erste Bedingung eines solchen friedlichen getrennten

Rebeneinander von Kirche und Staat die gegenseitige Anerkennung der Existenzberechtigung. Kann und wird aber die sozialdemokratische Zukunftsgesellschaft der Kirche Achtung entgegenbringen und ihr Anerkennung zollen, nachdem sie jetzt bereits vom wildesten Gottes- und Kirchenhass glänzt? Hält sich jetzt nicht schon mancher Genosse für berechtigt, an Kirche und Christentum sein Mütlein zu schülen und den Befähigungsnachweis, ein echter Genosse zu sein, durch Christentumseindliche und gotteslästerliche Lehrenungen zu erbringen?

Die Freiheit, welche der Kirche in dieser Gesellschaft der Zukunft blüht, wäre eben eine Vogelfreiheit, die jedem das Recht gibt, einen erbitterten Kampf gegen dieselbe zu führen. Dann würde sich zeigen, daß die Sozialdemokratie Freiheit nur für sich kennt, für die Andersdenkenden aber, zumal für christlichdenkende Menschen nur die unerhörteste Gewissenstrafe übrig hat.

Das zeigt sich ja jetzt schon. Wie jubelt die Sozialdemokratie den französischen Kultursämpfern zu, weil sie die Kongregationen austreiben helfen und diesen vorab die Schule nehmen!

Die Schule hat ja in der sozialdemokratischen Gesellschaft die Aufgabe, den Unglauben in die Kinderseele einzupflanzen, wie das ja Liebknecht auf dem Parteitag in Halle ausgesprochen hat: „Der Religion können wir bloß dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des Einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen. Die Schule muß gegen die Kirche mobilisiert werden, der Schulmeister gegen die Pfaffen; richtige Erziehung befiehlt die Religion.“ Die Schule soll also den Totenkrieg gegen die Religion!

Aber ist nicht eben die Erziehung der Kinder in der Religion der Eltern das erste unveräußerliche Recht der selben? Ist das nicht eben die praktische Vertätigung der vom Staat garantierten Gewissensfreiheit? Wird es einen unerhörteren Eingriff in die Gewissensfreiheit, als wenn man gläubige Eltern zwingen will, ihre Kinder in Täulen zu schicken, wo ihr Glaube und ihre Religion systematisch bekämpft werden?

Diese unerhörte Gewissenstrafe ist aber eben das, was die Sozialdemokratie meint, wenn sie sagt: „Religion ist Privatsache.“

Der Hinweis auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika ist ein recht ungünstlicher Witzgriff: einmal deshalb, weil dort die Kirche der Ruhe sich nur erfreut infolge der allgemein herrschenden religiösen Gleichgültigkeit. Wo die Jagd nach dem Dollar alles Interesse verschlingt, bleibt nichts übrig für die großen religiösen und philosophischen Fragen. Sobald aber eine Gesellschaft auf einer philosophischen Weltanschauung sich aufzubauen will — und die Sozialdemokratie sieht ja das Fundament für ihre Gesellschaftsordnung in der materialistischen Weltanschauung — da ist der Konflikt unvermeidlich; und dann, weil in den Vereinigten Staaten die Katholiken ihre Kinder in ihren eigenen Schulen

unterrichten und erziehen und ihnen niemand ein Hindernis in den Weg legt.

Dagegen behagt das sozialdemokratische Programm von Erfurt: Das Ziel der Sozialdemokratie sei: „Verweltlichung der Schule und obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen“; also die sozialdemokratische Zukunftsgesellschaft errichtet religiöse Schulen, und die Eltern werden gezwungen, ihre Kinder in diese Schulen zu schicken.

Und das heißt der sozialdemokratische Tanzendkünstler: „Freie Kirche im freien Staat.“

Der Mann scheint sein eigenes Parteiprogramm nicht zu kennen, denn sonst könnte er nicht zu Aussreden seine Zuflucht nehmen, welche dem eigenen Parteiprogramm schwarztraut zu widerlaufen. Oder gehört eine solche Heuchelei vielleicht in das Kapitel von der sozialdemokratischen Laiik? Herunter mit der Maske!

Die Kurpfuscherei.

Ein großer Sensationsprozeß hat in der letzten Woche in Berlin zweifellos mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen als alle hochpolitischen Debatten in den Parlamenten. Ein Mann mit dem langvollen Namen Nordenfötter und ein Arzt mit dem nicht ganz so schönen Namen Dr. Kronheim standen vor Gericht, angeklagt der größten Kurpfuscherei und der Weihrauch hierzu. Herr Nordenfötter, der sich selbst als „Chemiker“ bezeichnete, tatsächlich aber nur eine Zeitlang Apothekerlebhaber oder -Gehilfe gewesen war, nachdem er das Gymnasium notdürftig bis Untersekunda durchgemacht hatte, war der Inhaber des Geschäfts, wenn auch nominell — verschiedener Öffnungszeiten wegen, die er früher schon geschworen — seine Frau als Zuhuberin galt. Nordenfötter betrieb nicht etwa irgendwelche „Wunderarzneien“, noch hatte er irgend ein neues Altheilmittel erfinden, wessen sich andere Kurpfuscher gewöhnlich rühmen; nein, er pfuschte in der allgemein gewöhnlichsten Weise den Arzten ins Handwerk. Dazu gehörten weiter nichts, als ein paar Tausend Mark, um den nötigen Zamtam in Inseraten anzuzeigen zu können; er inserierte aber nicht in Berliner, sondern nur in auswärtigen Blättern, um nicht genötigt zu werden, seine Patienten in persönliche Behandlung zu nehmen. Jedemfalls fürchtete er, daß hierbei sein Nimbus sehr bald verblasen würde. Darum beschränkte er sich auf briefliche Behandlung und inserierte nur in auswärtigen Zeitungen.

Und diese Inserate hatten einen kolossalnen Erfolg. Zu Tausenden strömten Herrn Nordenfötter die Heilungsbedürftigen zu, und Frau Nordenfötter und ihre Wirtshaferin hatten alle Hände voll zu thun, um die einkaufenden Postamtsangehörigen einzufangen und zu bedienen.

Es hat sich in dem Prozeß herausgestellt, daß Nordenfötter Einnahmen hatte, wie die ersten medizinischen Autoritäten Berlins, nämlich von 300 000 Mr. jährlich und mehr. Dagegen spielen die färglichen Völne, die er feinen Ge-

Die Worte sellen scherzend flingen, und doch hebt seine Stimme.

Und auch Irene erzittert.

Zaghaft blüdt sie zu ihm empor.

Da befällt sie auf einmal eine furchtbare Angst. Sie hat etwas in seinen Augen gesehen, etwas, das sie noch nicht versteht, das sie aber mit Entzügen erfüllt, etwas, das sie instinktiv vor ihm zurückzuhören läßt.

Erbleidend tritt sie einen Schritt zurück.

„Was haben Sie, Irene? Fehlt Ihnen etwas?“

„Nein, mir fehlt nichts. Elisabeth ist tot.“

Irenes Stimme klingt eigentlichlich schroff.

„Schon lange?“

„Seit ihrer Abreise.“

„Und Sie sind seitdem stets allein gewesen? Armes Kind!“

„Ich bin nicht zu bedauern, sondern Elisabeth.“

„Hat sie einen Arzt konultiert?“

„Nein, sie wollte nicht. Sie sagte, sie sei nervös. Ein Arzt könnte ihr doch nicht helfen.“

Vord Roberts Freuen ziehen sich zusammen. Daß seine Schwester sich auch gar nicht beherrschen kann! Unverzeihliche Weiberdnwäche!

Einige Augenblicke verharren beide noch schweigend am Fenster. Dann lädet Lord Roberts Irene durch eine Handbewegung zum Sitzen ein und nimmt selbst neben ihr Platz.

Wiederholt blüdt Irene ihren Vormund von der Seite an. Woher kommt es nur, daß er sie heute in ganz anderer Licht erscheint, wie sonst?

Auch Lord Roberts fühlt sich nicht vollständig Herr der Situation.

Das nervöse Unwohlsein seiner Schwester — der Aufzug auf Irenes Stirn — ihr plötzliches unerwartetes Zurückzuhören vor ihm — die Nachricht, die er noch im Vorbehalt für sie hat — dies alles macht den sonst stets überlegenen Mann unruhig, fast verlegen. Er weiß nicht, wie er mit seiner Nachricht beginnen soll... (Fortsetzung folgt.)

Im Goldieber.

Ein Roman aus dem Kapland.

Von Erich Frieden.

(Nachdruck verboten.)

XL

Troy des wundersamen, sonnenwarmen Wetters, trog der blütensonne Schönheit der Natur ringsum, trog der strudigen Stimmung, in die der Brief ihres Verlobten sie versetzt hat — Irene findet die nächsten Tage langweilig und uninteressant.

Lady Elisabeth ist traurig. Nach der Abreise ihres Bruders hat sie das Zimmer nicht mehr verlassen. Die Unterredung mit ihm wirkte derart auf ihre schwachen Nerven, daß sie kaum instande ist, einen klaren Gedanken zu fassen.

Irene bittet die Freundin, sie pflegen zu dürfen.

Doch Lady Elisabeth weist dieses Anerbieten fast schroff zurück.

„Läßt mich allein! Es macht mich nervös, jemand im Zimmer zu haben. Geh' spazieren oder schreib Dich anderen Hotelgästen an!“

Und Irene läßt sie allein. Täglich unternimmt sie lange, einsame Spaziergänge die Meeresküste entlang oder in den Botanischen Gärten oder in die nahegelegenen Tiefen. Oder sie sitzt in ihrem Schlafzimmer, ein Buch in der Hand, in dem sie gewöhnlich nicht liest. Weitab schweifen ihre Gedanken — hin nach Kapstadt, hin zu dem Beliebten...

Die Zeit schleicht ihr wie eine Schildkröte dahin. Wäre der Aufenthalt in Port Elizabeth doch erst zu Ende! Wäre sie doch wieder in Kapstadt!

Oder wäre wenigstens Lord Roberts da!

In seiner Gesellschaft hat sie sich nie gelangweilt. Jede Stunde, jede Minute bot irgend eine Abwechslung. Seine Unterhaltung, voll von Pointen, Geist und Witz, hielt sie stets völlig gefesselt. Und wenn sie einmal des Redens müde waren, dann half die Musik aus — die

Musik mit ihrer tiefen, bedeutungsvollen Sprache, in welcher Herz zum Herzen spricht und die Seelen unverhüllt einander sich nähern....

Und jetzt?

Auch Paul läßt nichts mehr von sich hören. Seit jenem Briefe, welcher sie so unendlich glücklich gemacht, hat er nicht wieder geschrieben, trotzdem sie durch einen vier Seiten langen Brief voll zärtlichster Worte antwortete.

Unbegreiflich!...

Auch heute steht Irene wieder, wie jetzt so oft, allein am Fenster des kleinen Privatsalons.

Sie fühlt sich besonders verstimmt. Ihr ist es, als ob etwas Geheimnisvolles, etwas Schreckliches sie umschwebte — etwas, das sich auf sie herabseien, sie erdrücken müsse.

Gedankenwollt blüdt sie über die majestätisch heraurollenden Hüten — hin in der Richtung nach Kapstadt, wo ihr Geliebter weilt, nach Westen, wo jetzt mit all seinem leuchtenden Glanze der heimgehende Sonnenball den tiefblauen Himmel violett färbt.

Tränen steigen in ihre Augen.

Das herrliche Schauspiel des Sonnenuntergangs wirkt stets auf ihr sensitives Gemüt — doch heute mehr denn je. Vielleicht, weil sie so allein ist....

Ganz in ihre trüben Gedanken versunken, bemerkst sie nicht sich rasch nähernde Schritte, auch nicht das Deesnun der Tür.

Da legt sich auf einmal eine Hand auf ihren Arm.

Sie fährt herum.

„Henry!“

Eine plötzliche Freude wallt in ihrem Herzen auf. Impulsiv streckt sie dem Manne die Hand entgegen.

„Da bin ich wieder, Irene!“

„Ja, und ich bin froh darüber.“

„Wirklich?“

Er zieht sie an sich und drückt einen Kuß auf ihre Stirn. Sie fährt zurück.

„Erschrecken Sie nicht! Es ist nur ein verwandschaftlicher Kuß, Irene! Ich bin ja Ihr Kusin!“

helfen, Schreibern und — Ärzten zählte, nur eine lächerliche Rolle.

Ärzte? Ja, auch Ärzte ließen sich von Herrn Nordenföller bezahlen, um den Rezepten, die er verschrieb nach Schema F, ihre Unterschrift zu geben. Nordenföller ließ solche Rezepte dann in staatlich konzessionierten Apotheken anfertigen oder vielmehr er ließ nur durch deren Vermittelung seine Mixturen, die er engros in derselben Badewanne, in der sich auch seine Frau zu baden pflegte, anfertigte, versenden. Die Apotheken rissen sich um seine Kundloft und nahmen es auch gar nicht so genau mit den Rezepten wie mit den Heilmitteln. Sie veräumten es, diese zu untersuchen, was doch das Publikum von einem privilegierten Apotheker erwarten darf, und ließen die Rezepte gelten, auch wenn sie keine ärztliche Bestätigung aufwiesen. Dabei steht es fest, daß Nordenföller eine Menge der schwersten Bisse, soviel, um ganz Berlin damit zu vergiften," sagte ein Sachverständiger. Quecksilber nun verbraucht und in der leichtfertigen Weise bei ihrer Anwendung, Mischnung und Verbindung verlor.

"Die Dummens werden nicht alle," das beweist auch dieser Prozeß. Wie die Allegen in den Syrup, so fielen die Patienten nach vielen Tausenden einem feindseligen Schwindler zu, während nur zu viele thätige und gewissenhafte Ärzte, die ein Vermögen verbrannt haben, um sich die für ihren schweren Beruf notwendigen Stentuße zu erwerben, nicht soviel haben, um zu leben.

Solche Prozesse wie der Nordenföllersche und ihre Besprechung in der Presse, müssen jeden noch halbwegs Verständigen belehren, daß sie einen Schwundel ihr gutes Geld opfern, wenn sie bei den Meister- und Künstlern Hilfe suchen. Die ganz Unverständigen und Unbeklebaren aber verdienen kein Mitleid.

Reichstag.

K. Berlin. 23. Sitzung am 7. Februar, 1 Uhr.

Am Sonnabend ist der Reichstag in die Beratung des Staats des Reichsgerichts des Innern eingetreten, der alljährlich auch zu ausgedehnten sozialpolitischen Erörterungen gibt. Einem Vorschlag des Präsidenten Grafen Ballietrein folge werden diese sozialpolitischen Verhandlungen zunächst für fünf erledigt. Den Anfang mache Abg. Trimborn (fr.) mit einer grob angelegten, teilweise programmatischen Rede über verschiedene Forderungen des Zentrums auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und des Arbeiterrights. Er verwies auf die Ausbaumung einer Witwen- und Waisenversorgung bei Gelegenheit des Volltarifs und wies die sozialdemokratischen Verdächtigungen der Haltung des Zentrums energisch zurück. Weiter begrüßte er die neuzeitlichen Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiete, münzte aber dringend ein noch etwas radikaleres Vorgehen der Regierung, insbesondere die Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitsstages auch für erwachsene männliche Arbeiter. Mittelbar wurde darauf auch die Verwirklichung der Forderungen des schon wiederholt besprochenen Antrags Dr. Trimborn hinzuwirken, der außerdem die Wissage von Arbeit an jugendliche Arbeiter nach ihrer Behandlung verbieten will. Auch konnte Abg. Trimborn auf eine neue Resolution des Zentrums (Gräber u. Gen.) verweisen, welche das schon wiederholt gestellte Verlangen nach Erteilung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereinigungen erneuert. Ebenso wiederholte Abg. Trimborn die Forderung von Arbeitskammern. Nicht so weit wie das Zentrum will Abg. Rößler-Dessau (fr. Bgg.) gehen, der auch einen Antrag bezüglich der Berufsvereine eingebracht hat, aber von einem Maximalarbeitsstag für erwachsene männliche Arbeiter nichts wissen will. Den Schluss machte am Sonnabend eine langweilige Rede des Sozialdemokraten Wurm, der die Resolution Albrecht empfahl und durch seine Angriffe auf den neuen badischen Fabrikinspektor den badischen Bundesbevollmächtigten Dr. von Jagemann zu einer Erwidern herausforderte, die sehr energisch ausfiel.

Am Montag wird die sozialpolitische Debatte fortgesetzt.

Der Verlauf der Sitzung war folgender:

Am Tag der Tagesordnung steht der Staat des Reichsgerichts des Innern.

Im Inhaltstitel des Staatssekretärs liegen die Resolutionen Dr. Trimborn (Wiederholung der Arbeitszeit und Berbot der Wissage von Arbeit an jugendliche Arbeiter) und Albrecht (Rechtsaufschreibungen und Maximalarbeitszeit), vor, ferner ein neuer Antrag Gräber (Zent.), den Reichsgericht zu erläutern, für den nächsten Sonnabend dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des bürgerlichen Rechtsbuchs geregt wird.

Auf Vortrag des Präsidenten, dem das Haus zuhinnt, soll für die Debatte beim Ziel „Staatssekretär“ zunächst nur auf sozialpolitische Gesetzestände erfreut werden.

Abg. Trimborn (Zent.) deutet seine Genehmigung darüber aus, daß es beim Volltarif seinen Freunden gelungen sei, eine erste Grundlage für die Witwen- und Waisen-Versorgung zu schaffen. Gleichzeitig bei den Sozialdemokraten, da die Sozialdemokraten freilich die Verdächtigung ausgeschlossen, das Zentrum habe keinen Maximalarbeitszeit-Antrag übernommen, um bei den Wählern eine Geduld zu haben wegen seines Enttretenes für den Volltarif. Das sei aber eine falsche Verdächtigung, denn es sei ihm längst der Herzenswunsch des Zentrums gewesen, daß für die Witwen und Waisen der Arbeiter gesorgt werde. Weiter deutet Redner seine Genehmigung aus über alles das, was seit Jahresfrist in sozialpolitischer Hinsicht geschehen sei resp. vorbereitet worden sei, so der noch im Bundesrat befindliche Entwurf, der im Jawallengesetz die Rüde wegen der Handlungsgeschäfte ausfüllen sollte, ferner der dem Reichstag bereits vorliegende Entwurf wegen der Phosphorgründwaren. Dann die 1902 erlassenen Verordnungen für das Waff- und Schanzwirtschaftsgewerbe, für die Chiffonfabriken, die Zinkhütten und Steinhuertreibewerbe. Vor jeder sei es Wunsch des Zentrums gewesen, daß es auch zu einem Maximalarbeitsstag für erwachsene männliche Arbeiter kommen möge. So lange das aber noch nicht durchzusetzen sei, möge der Bundesrat wenigstens überall, wo das erforderlich erscheine, von der Verordnungsbefugnis Gebrauch machen, die ihm der sanitäre Gewerbeordnungspatograph 1206 ertheilt. Mit Bestürzung habe seine Partei vernommen, daß der statistische Bericht des Reichsversicherungsamtes Erhebungen eingeleitet habe über alles das, was auf dem Gebiete der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit bereits geführten sei. Damalser Wert sei ferner die Gesetzesvorlage wegen des Kinderarbeitsverbotes, in der namentlich auch ein Anfang zur Regelung der Zustände in der Haushaltswirtschaft enthalten sei. Eine Regelung bedürfe auch die Frage, ob und inwieweit, resp. in welchen Gewerben den Fabrikarbeitern die Wissage von Arbeiten ins Haus zu verbieten sei. Hieraus leiten denn auch seine Freunde in der von ihnen beantragten Resolution die Aufmerksamkeit der Regierung, wenigstens insofern jugendliche Fabrikarbeiter in Betracht lämen.

Vor allem sei eine Herabsetzung des täglichen Arbeitsmaximums für verheiratete Frauen nötig, ebenso eine Erhöhung des Schuhalters für junge Leute, wie dies gleichfalls in jener Resolution empfohlen werde. Auf jeden Fall sei auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ein sichtbarer Fortschritt zu verzeichnen. Das sei dagegen noch nicht der Fall auf dem Gebiete der rechtlichen Stellung der Arbeiter. So schreibt es noch an den 1901 vom Reichstag durch Resolutionen geforderten Arbeitskammern. Die Arbeiter hätten auf solche Kammern ebenso gutes Recht wie die anderen auf ihre Handels- und ihre Handwerkskammern. Weiteres sei die Forderung der Arbeiter nach geistlich legitimierten Berufsvereinen berechtigt. Die Kaufvereine könnten nicht leben ohne ein geordnetes Kooperationsrecht. Die Beweisgebung dieses Rechts schaue sowiel Abergernis, daß dadurch die Staats- und Weltwirtschaftsleitung leide. Seine Freunde hätten deshalb auch wieder ihre Resolution erneut betreffend Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Der sozialpolitische Gedanke müsse fortgesetzt bestätigt werden. Ein Wahlrecht sei zwar auch die richtig, aber mit diesem Vorbehalt müsse doch im Prinzip daran festgehalten werden, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht ruhen dürfe. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Rößler-Dessau (fr. Bgg.) empfiehlt eine neue von ihm beantragte Resolution betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach den Vereinigungen zur Wissage von Berufsvereinen (§ 152 B.-G.) auch gestattet sein soll, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten. Redner deutet seine Genehmigung darüber aus, daß laut Mitteilung des Reichsgerichts am 20. Januar der Statthalter ausgeschlossen habe: Aufgabe dieses Jahrhunderts sei der Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung. Jetzt erklärte dann seine Zustimmung zu der Resolution Dr. Trimborn mit Ausnahme des ersten Punktes derselben, denn eine Herauslösung des Schuhalters auf 18 Jahre sei nicht erforderlich. Was den Albrechtischen Antrag anlangt, so sei er mit Errichtung eines kleinen Aufsichts-Zentralbüro einverstanden, aber die Ausführung der Auflage könne den Einzelzonen nicht abgenommen werden. Gegen den in denselben Anträge geforderten allgemeinen 10-stündigen Maximalarbeitsstag müsse eingewendet werden, daß dadurch Verhältnisse geschaffen würden, die einstweilen noch zu wenig übertragbar seien. Seine Freunde würden daher gegen dieses Verlangen stimmen. Im Ganzen sei jedenfalls jetzt eine reine sozialpolitische Forderung, und er hoffe, diese reine Willkür-Befreiung möge noch recht lange dauern und recht energische Erfolge zeitigen.

Abg. Wurm (Zoz.) wendet sich gegen die Voreddner und sucht namentlich die sozialpolitischen Forderungen des Zentrums zu verbürgen und herabzuheben. Weiter empfiehlt Redner in langen Ausführungen, während deren fast der Saal fast vollständig leer, die Resolution Albrecht. Weiter kritisiert er abschließend die Wissage-Einrichtungen der Unternehmer, wobei er namentlich auch auf die angeblich unsterblichen Wohnungs- und Pensions-Einrichtungen bei den steinernen Werken eingeholt. Wer entlassen werde, verzichte das Recht auf diese Wissage-Einrichtung, was geradezu standeswidrig ist, da der Entlassene von seinen jahrelangen Beitragszahlungen nicht einen Pfennig herabzulassen.

Badischer Geb. Mat. Braun bereitet eine von Wurm der badischen Regierung beigebrachte Erklärung: „Wir brauchen keinen zweiten Wörthshof mehr“ und stellt auch in Würde, daß in Baden eine andere, den Arbeitern weniger wohlwollende Handhabung Platz geschehen habe. Es sei das eine versteckte Erfahrung. Das System der Aufsicht sei dasselbe geblieben wie zu Wörthshofes Zeiten.

Darauf erfolgt Beratung.
Montag 1 Uhr: Fortsetzung.
Sitzung gegen 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend die Debatte, welche sich an das Ministergehalt im Staat des Ministeriums des Innern knüpft, beendet und den dazu vorliegenden Antrag Barth auf Einführung der geheimen Stimmbilanz und Renodierung der Wahlkreise abgelehnt. Davorzuheben ist, daß auf Beschwerden des Abg. Faltin (Zent.) vom Regierungstische erwidert wurde, daß nach einer Anordnung des Regierungspräsidenten in Cöppeln Versammlungen wegen Gebrauchs der polnischen Sprache nicht aufgelöst werden dürfen; einige Beamten, welche solche ungeziegelte Ansätzungen vorgenommen, seien ernstlich gerügt worden. Der Abg. Dr. Barth beschwerte sich über die jüngsten Zensurverbote von Theaterstücken, insbesondere der Dramen „Maria von Magdala“ von Paul Henze und „Das Tal des Lebens“ von Max Dreher. Zu seiner Antwort wies der Minister Frhr. v. Hammerstein schlagend nach, daß der Senator in diesen Fällen vollständig im Recht war. Unter lebhafter Beifall der großen Mehrheit des Hauses betonte der Minister, man müsse sicher sein können, daß man in ernstern Theatern nur Stücke sehe, die man mit Frau und Tochter besuchen könne. Letztlich sind in Berlin im letzten Jahre von 723 Stücken nur 10 nicht genehmigt worden. Es hätte gar nichts geschadet, wenn noch viel mehr solche Stücke verboten worden wären. Am Montag wird die Staatsberatung fortgesetzt.

— **Diäten und Wahlrechtsänderung.** Graf Bülow hat, wie die „Zeit., Ztg.“ mitteilt, persönlich einzelnen Mitgliedern des Reichstags gegenüber sein Hehl daraus gemacht, daß er es für verwerflich erachte, die Diätenfrage zu verknüpfen mit Wahlrechtsfragen. Denn man könne alsdann den Abgeordneten den Vorwurf machen, daß sie in den Diäten persönliche Vorteile für sich erkauft hätten gegen eine Verschlechterung des Wahlrechts. Das ist ein neuer Grund zu den vielen anderen, die gegen derartige Bestrebungen der Wahlrechtsfeinde sprechen.

Ein sozialpolitischer Antrag des Zentrums betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist am 6. d. M. dem Reichstag unterbreitet worden. Der Antrag lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsgericht zu erlauben, in der nächsten Session dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt wird.

Derselbe Antrag ist bekanntlich schon früher von Seiten des verstorbenen Abg. Dr. Lieber gestellt und vom Reichstag angenommen worden. Durch die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine soll das Kooperationsrecht der Arbeiter gesichert werden.

Das gesamte Vermögen aller Invalidenversicherungs träger stelle sich, wenn man bei den Wertpapieren den Kaufpreis als maßgebend ansieht, am Ende 1901 auf 929,2 Millionen Mark. Davon kamen auf den Kassenbestand 13,9 Millionen Mark, auf Wertpapiere und Darlehen 883,9 Millionen Mark und auf Grundbesitz 31,4 Mill. Mark.

— Die preußischen Staatschulden beliefen sich nach dem Bericht der Staatschuldenkommission am 31. März 1902 auf 6865304546 Mark. Der Zugang in dem abgelaufenen Staatsjahr besteht in 270 Millionen Mark 3 prozentiger konsolidierter Anleihe. Andererseits wurden 7019021 Mark getilgt, insbesondere bei den Prioritäts-

schulden der verstaatlichten Bahnen und den Frankfurter Schulden. Die Schuldenverhältnisse der vormaligen Freistaat sind jetzt vollständig getilgt. Unter den 6865 Mill. Mark sind inbegriffen 8185 Millionen Mark 3½ prozentige vormalige konsolidierte Anleihe, 1914 Millionen Mark 3½ prozentige konsolidierte Anleihe, 1247 Millionen Mark 3 prozentige konsolidierte Anleihe. In das Staatschuldbuch waren von dem Gesamtbetrage der Staatschulden am 31. März 1902 1577 Millionen Mark eingetragen, also ungefähr ein Viertel der gesamten Staatschulden.

Österreich-Ungarn.

— Abg. Graf Julius Andrássy hat im ungarischen Abgeordnetenhaus an die Opposition gegen die Reformvorlage eine erste, von patriotischem Gefühl durchdrungene Mahnung gerichtet. Dieser Eindruck machte in der Rede folgender Satz: „Auch heute sieht die Sache so, daß wir jeden Tag vor einem Kriege stehen“. Die Opposition glaubt wohl nicht an den Ernst der Lage, hält dies für einen Schrecken, der verhältnisweise klein werde, sowie die Beharrungen votiert werden. Erste Männer, sagt das Wiener „Vaterland“, werden auf Andrássys großherzeniges Gewicht legen. Tatsache sei, daß die Diplomatie mit Unwissenheit und nicht ohne Sorge der nächsten Zeit entgegenblickt, und daß erst heute wieder ein unserer Monarchie befremdet Diplomat sich äußerte, die Haltung der ungarischen Opposition sei unbegreiflich, denn man sei bei der heutigen schwierigen Situation nicht sicher, ob man nicht in vier Wochen rüsten müsse. Darum besiegt die Neuerung Andrássys mehr Gewicht, als man in Ungarn selbst annimmt.

Frankreich.

— Dem „Figaro“ zufolge ist zwischen dem heiligen Stuhle und der Regierung anlässlich der Ernenntung der Bischofe von Carcassonne und Amiens ein erster Konflikt ausgebrochen. Ministerpräsident Combes verlangt für die Anerkennung der Kandidaten, daß aus der Investitur-Bulle der Ausdruck „nobis nominavit“ entfernt werde. Die französische Regierung wünsche, daß die Bulle einfach die Ernenntung enthalte.

Bulgarien.

— Karatow, einer der bedeutendsten Staatsmänner Bulgariens, ist am 7. d. M. 63 Jahre alt, plötzlich gestorben. 1881 bereitete er als Ministerpräsident die Revolution in Philippopol vor und bewog den Fürsten zu dem berühmten Staatsstreich von Philippopol, mittels dessen Fürst Alexander die Vereinigung Bulgariens mit Österreich aus sprach. Durch den Gewaltsstreich gegen den Fürsten Alexander am 21. August 1886 wurde auch Karatow gestürzt. Im März 1887 wurde er wegen Hochverrates verhaftet, jedoch bald freigelassen; 1892 wegen Teilnahme an einer Verschwörung namentlich verhaftet und zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt, erlangte er erst 1895 seine Freiheit wieder. Er spielte dann wieder eine größere Rolle und wurde im März 1901 zum Ministerpräsidenten ernannt, von welcher Stelle er im Januar 1902 wieder zurücktrat. Er galt als russenfreundlich.

Türkei.

— Die Porte soll vertrauliche Mitteilungen erhalten haben, daß zwischen dem 5. und 14. März ein Aufstand in Makedonien ausbrechen werde. Die seit dem vorigen Jahre verhärtete Anzahl der im Grenzgebiet postierten Truppen ist für ernstere Eventualitäten vollkommen genügend.

Morocco.

— Der Präsident Buharama befindet sich als Gefangener beim Stomme der Riata. Diese haben dem Sultan angeboten, ihm den Präsidenten gegen Bezahlung auszuliefern. Man glaubt, daß der Präsident als Gefangener in Fez eingekerkert werden wird. Über die Niederlage Buharamas wird jetzt aus Tangier Räheres berichtet. Die Armee des Sultans zählte 18000 Reiter und 14000 Mann Infanterie. Diese Truppenmassen überstiegen die Rebellen bei einem Ort namens Elata Znaouen, und es entspannt sich ein Kampf, der in eine wahre Schlacht ausartete. Die kaiserlichen Truppen waren wie wilde Bestien und gaben Niemanden Pardon. Wer ihnen in die Hände fiel, wurde mit dem Messer abgeschlachtet, wodurch es eßbar wird, daß es keine Verwundeten gab. Auf Seite des Aufständischenheeres fielen 3000 Mann. Auch die Truppen des Sultans erlitten große Verluste. Der Sieg ist im wesentlichen der Leitung Menebhis, des Kriegsministers des Sultans, zuzuschreiben.

Venezuela.

— Die Venezuela-Frage wird täglich verworrener. Bald hört man von ernsten Verwüstungen zwischen dem englischen Botschafter Herbert in Washington und dem Mittelsmann Castros, dem Amerikaner Bowen, bald wieder wird über einen „günstigen Verlauf“ der Verhandlungen in Washington orakelt, und neuerdings taucht gar wieder das Haager Schiedsgericht aus der Versenkung auf, in der es schon verschwunden schien. Aus alledem geht nur soviel hervor, daß England in dem englisch-deutsch-italienischen Kongreß die schärfste Tonart pfeift, während der neue deutsche Geschäftsträger Speck v. Sternburg den Auftrag zu haben scheint, Amerika mit den sanftesten Flötenköpfen zu umschmeicheln. Trotzdem werden die europäischen Mächte sich natürlich nicht trennen, denn damit würden sie den heiligsten Wunsch der Yankees wie der Venezolaner erfüllen. Die Verweisung des Streites an das Haager Schiedsgericht kann beweisen, daß die Verhandlungen in Washington kein Ergebnis hatten.

Aus Stadt und Land.

Dresden, 9. Februar 1903.
* Se. Majestät der König besuchte gestern vormittag den Gottesdienst in der katholischen Kirche und unternahm nachmittags die gewohnte längere Spazierfahrt. Heute vormittag nahm Se. Majestät eine Anzahl militärischer Meldungen entgegen und hörte dann die Berichte der Staatsminister. Um 12 Uhr erhielt Allerhöchsterbefehl der Königl. Kammerjägerin Theresia Malten, sowie dem Geh. Justizrat v. Schulz und dem außerordentlichen Professor an der Universität Leipzig, Oberregierungsrat

Dr. Haepe, Audienz. Weiter empfingen Sr. Maj. eine Abordnung der städtischen Kollegien zu Freiberg, bestehend aus den Herren Bürgermeister Büßer und dem Stadtverordneten-Vorsteher Geh. Bergrat Merbach, welche Sr. Maj. eine Einladung der Stadt Freiberg zu der am 23. d. M. in Aussicht genommenen Einweihung des König Albert-Museums überbrachten. Ferner fand ein Empfang des Ausstellungskomitees für die „Große Kunstaustellung 1904“ — Professoren Kühl, Prell, Bracht und Hofrat Kreßling — statt, welches Sr. Maj. die Bitte um Übernahme des Protectorats über die genannte Kunstaustellung unterbreitete.

Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Ober-Polizeiauditor Kröber in Leipzig das ihm von Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und Könige von Preußen verliehene Allgemeine Ehrenzeichen anlege.

Die Anwälte der Prinzessin Luise erhielten von dem Vertreter des Kronprinzen, Justizrat Koerner, auf das Telegramm vom Sonnabend früh folgende Antwortdepeche: „Seine königliche Hoheit lehnt die Erfüllung der gestellten Bitte definitiv und unter allen Umständen ab. Koerner.“ Wohl hat die Prinzessin Girion fortgeschickt, um einen Vertrag bei ihrem erkrankten Ande zu ermöglichen —, was sonst noch dahinter stecken mag, ob sie überhaupt wirtlich mit ihrem Galan gebrochen hat oder nicht —, das ist alles schwer zu beurteilen. Wie von maßgebender Stelle besont wird, ändert die Trennung Girons von der Prinzessin an der Rechtslage nichts und übt auf den Prozeß am 11. Februar keinerlei Einfluß aus. An einer Rückkehr der Prinzessin an den sächsischen Hof ist unter keinen Umständen zu denken. Wahrscheinlich ist jedoch eine Auslösung mit der eigenen Familie. Die Prinzessin dürfte in Österreich dauernden Aufenthalt nehmen. Ob ein Wiedersehen mit den Kindern der Kronprinzenfamilie später einmal herbeigeführt wird, hängt von der Entscheidung des Königs nach erfolgtem Urteilsspruch ab. An dorthin informierter Stelle hält man es für vollkommen ausgeschlossen, daß die Prinzessin jemals wieder nach Salzburg kommen könnte. Doch ist es nicht unmöglich, daß sie um eine Zusammenkunft mit ihrer Mutter an einem Grenzorte nachjuchen werde. Die Trennung Girons von der Prinzessin wird hier als zu spät erfolgt bezeichnet. Wäre Girion vor dem 28. Januar, also vor der Verhandlung in Dresden abgereist, so hätte sich nach einem Arrangement treffen lassen, das der Prinzessin ermöglichte, ihre Kinder wiederzusehen. Von einer Abfindungszahlung an die Prinzessin war gleichfalls nicht die Rede; sie hat von dem kostümlichen Hofe nichts mehr zu fordern, und der Großverzug ist nicht geeignet, ihr eine finanzielle Unterstützung zu gewähren. Wenn man sich alle Umstände — die schwere Verleugnung der Ehre des sächsischen Königshauses, die in Dresden zu erwartenden unerquicklichen Szenen und bei der Blindheit gewisser Kreise in Sachsen auch zu stützenden öffentlichen Demonstrationen, der jede Aufregung verbietende Zustand des schwerkranken Prinzen usw. — recht erwägt, so kann man nicht zweifelhaft sein, daß die Rückkehr nach Dresden der Prinzessin Luise von Toskana selbst dann vermehrt bleiben müsste, wenn man ihrer Kleie vollständig trauert. Natürlich reden die Blätter, die bewußt gegen die christlichen Sittengesetze anstrengen, sich nun erst recht im Joch hinein und weinen blutige Tränen über das gehetzte Edelwild. So die sozialdemokratische und jüdischfreundliche Presse. Letztere meint teilweise sogar: jetzt, während die „konventionelle“ Moral gefiegt, könnte die Tragödie auch einen „konventionellen“ Schluss finden durch eine außertliche Verhöhnung! Man braucht solche Torheiten nicht zu widerlegen, aber festzuhalten muß man sie, um dem arbeitenden deutschen Volke zu zeigen, in welchen Sumpf von öttlicher Verkommenheit es diese „das absolute Recht der Persönlichkeit, sich frei auszuleben“ vertretende Presse hinzufließen will!

Aus Genf geht von den Vertretern der Prinzessin Luise folgende Mitteilung ein: Nach den Ereignissen der letzten Wochen, namentlich nach Austritt aus väterlichem Hause und nach Erkrankung ihres Sohnes sind bei der Prinzessin Luise tiefe Erdstörung und körperliche Depression zu Tage getreten. In deren Verfolg und mit Rücksicht auf die beklommenen Umstände, in denen sie sich befindet, entschloß sich die Prinzessin, zur Erlangung der für sie dringend notwendigen Ruhe und zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit ärztlichen Beistand in Anspruch zu nehmen. Die Prinzessin hat daher heute um Aufnahme in das bei Lyon gelegene Sanatorium La Metairie nachgefragt und gefunden. Die Villawelt liegt an der Straße Lorraine-Genf beim Jogen „Bis Bougy“, nicht weit vom Genfer See, bei der kleinen Stadt Lyon. Es ist ein großes, einer Altiengesellschaft gehörendes, sehr bekanntes Etablissement und steht unter der Leitung des ausgezeichneten Spezialisten Dr. Martin. Da Dr. Zehme seine Mission als beendet betrachtet, reiste er am Montag früh nach Leipzig zurück.

Der römische Verlegerstatter der „Dresdner Nachrichten“ hat offenbar keine bedeutende Kenntnis über das, was in der katholischen Kirche vom Alten Testamente als Inspiration angesehen und wofür der freien Auslegung vollen Spielraum gewährt wird. So schreibt er z. B. unterm 5. d. M. aus Rom: „Wahr hat der Papst schon vor Jahren in einer besonderen Encyclika die Bibelkritik auf strengste verurteilt, aber trotzdem ist das Nebel immer darunter geschlichen und hat, scheint es, eine energische Abwehr notwendig gemacht. Gibt es doch zur Zeit katholische Theologen, die die „sechs Tage“ der Schöpfung mit sechs geologischen Perioden erklären, die Einschlüsse (Wer?) u. dergl. Um dieser — namentlich vom Jesuitenorden scharf bekämpften — Richtung entgegenzutreten und sie womöglich abzutun, ist soeben eine Kardinal-Kommission „für die biblischen Studien“ ernannt worden.“ Ein Herr, der vor ca. 20 Jahren hier in Dresden die katholische Bürgerschule besuchte, schreibt uns: „Als wurde bereits damals gelernt, daß die „sechs Tage“ der Schöpfung mit sechs geologischen Perioden zu erklären sind...“ Und wenn man die Stimmen aus Marla Bach und andere Werke der Jesuiten habschlägt, so findet man darin von gelehrten Jesuiten Bibelkritik geschrieben, welche alle feststehenden Entdeckungen der Wissenschaft mit dem Inhalt

der Bibel in Einklang bringen. Die Auffassung, nach welcher Moses und die übrigen „Schriftsteller“ des Alten Testaments zur Schreibmaschine des offenbarenden heil. Geistes werden, d. h. die Verbalinspiration, ist im protestantischen Lager, aber nicht bei den katholischen Gelehrten, am wenigsten bei den einstens hochgebildeten, aber andernteils ebenso kirchentreuen Jesuiten zu Hause. Die Bibelkommission wird also ein gut vorbereitetes Feld für ihre Arbeiten vorfinden und sicher wichtige Grundsätze aufstellen. — r.

* Die Personentarif-Reform für die sächsischen Staatsseifenbahnen wird von dem reisenden Publikum nicht mit Freuden begrüßt werden, weil sie eine Verschlechterung für dasselbe bedeutet und nur zur Aufbesserung der Finanzen unternommen worden ist. Die Preisermäßigung für die Hin- und Rückfahrtkarten ist befeitigt worden. Zum Erfolg dafür hat man bei den einfachen Fahrtkarten der II. und III. Klasse eine Preisermäßigung von 25 Prozent für Personenzüge eintreten lassen. Wenn man aber in Betracht zieht, daß nur etwa 7 Prozent des reisenden Publikums die drei oberen Klassen für ihre Fahrten beutzt, so wird man über ein derartiges Entgegenkommen sehr wenig erbaut sein. Als einziges Zugeständnis an das Gros desselben ist die Einführung der IV. Wagenklasse an den Sonntagen anzusehen. Damit ist ein langgehegter Wunsch der breitesten Volkstypen in Erfüllung gegangen.

* Der Gemeinnützige Verein veranstaltet nächsten Mittwoch im Stadtverordnetensaal auf der Landhausstraße seinen letzten Vortragabend, in welchem Herr Redakteur Dr. Friedrich Rummel über das Thema: „Aus den Deutschen Meistersingertagen“ sprechen wird. Die Versammlung beginnt abends 8 Uhr.

* Ein finstörender Druckschreiber hat sich in der Sonntagsnummer in dem Berichte über die Verhandlung des Vereins „Columbus“ eingeschlichen. Auf Seite 3, Spalte 2, Zeile 12 von oben soll es heißen: „Das angegangene Jahrhundert scheint sich auf dem Gebiete der Philosophie (nicht Philologie) und Theologie bewegen zu wollen.“

* Der junge Akrobatenkünstler aus der Diinus-familie, welcher, wie wir berichteten, vor ca. 8 Tagen bei der Vorstellung durch einen Sturz verunglückte, ist nun doch vor mehreren Tagen in einer Klinik in Berlin gestorben. Doch soll sein Tod nicht infolge der Verletzungen, sondern in Folge einer durch Erkrankung zugezogenen Lungentzündung erfolgt sein.

* Aus Versehen unsererseits ist in der letzten Nummer eine Notiz erschienen über die Schulaufnahme der katholischen Kinder von Trachau, Witten, Kaditz und Niedrigau. Die Kinder aus diesen Orten können in die Pieschener Filiale noch nicht aufgenommen werden. Es könnte nur dann geschehen, wenn die Eltern ein Gesuch an den hiesigen katholischen Schulvorstand einreichen.

* Im Verein für Volksbildung behandelte Herr Dozent Jens Lüken von der Humboldt-Akademie folgendes Thema: „Leben wir am Ende eines geologischen Zeitalters?“ Durch 120 vorzüglich fotografierte Lichtbilder sowie durch die Klarheit der Sprache wußte der Redner den wissenschaftlichen Vortrag den zu Tausenden erschienenen Zuhörern verständlich und interessant zu gestalten. Nach einem Rückblick auf die verschiedenen geologischen Zeitalter und deren Erklärungen kam er zu dem Schluss, daß eine Eiszeit der Erde nahe bevorstehe.

* Eine am Sonnabend abgehaltene öffentliche Versammlung des Allgemeinen Deutschen Musikervereins nahm auf Antrag des Referenten und Ehrenmitgliedes des Verbandes Herrn Musikers Lehmann aus Meißen einstimmig eine Resolution an, in welcher sie ihre Verwunderung und ihr Bedauern darüber ausdrückt, daß die in der Petition des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes niedergelegten bescheidenen Wünsche, welchen seitens des Reichstages Berechtigung und Anerkennung zu gesprochen wurde, trotzdem vom Bundesrat fürzherhand abgeschlagen worden sind; zugleich spricht die Versammlung die Hoffnung aus, daß die tatsächlich bestehende schrankenlose Konkurrenz der Militärmusiken seitens der Regierung anerkannt und diese „Militärklänge“, wie sie von dem Reichstag selbst bezeichnet wurden, bald abgeschafft werden. Das an König Georg seinerzeit in dieser Sache gerichtete Gesuch hat den Erfolg, daß jetzt durch die königl. Staatsregierung im ganzen Königreich statutäre Erhebungen angesetzt werden.

* Der Rechtsschutzverein für Frauen, die Dresdner Abteilung des Vereins Frauenbildung, Frauenstudium und der Dresdner Zweigverein der internationalen Föderation halten am 14. Februar abends in Reinholds großem Saale eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Fräulein Pappitz, die Vorsitzende des Berliner Zweigvereins, einen Vortrag über die wirtschaftlichen Ursachen der Prostitution halten wird.

* Eine originelle Schönheitskonkurrenz hat der „Figaro illustré“ in Paris veranstaltet, indem er das Preisrichteramt seinen Lesern überträgt. In seinem Januarheft bringt er in wunderbarer Reproduktion die Bilder der 24 Schönheiten, die sich um die Palme streiten. Jeder Leser wird nun aufgefordert, auf einer Postkarte der Redaktion die Nummer derjenigen Dame mitzuteilen, die er für die schönste hält. Diejenige Dame, die auf diese Weise die meisten Stimmen erhält, trägt den Preis davon. In der hiesigen Lesehalle, Waisenhausstraße 9, (gegenüber dem Centraltheater), liegt die betreffende Nummer des „Figaro illustré“ ans.

Planen, 8. Febr. Beim Abgraben des Gartenlandes der Vogtländischen Bank stieß man auf einen Regel aus festem Granitstein, nicht weit davon auf blauen Kalkstein, wie er bereits auf dem linken Ufer der Elbe und an verschiedenen Stellen in der Stadt bei einer Tiefe bis zu 6 Metern gefunden worden ist. Es ist damit der Beweis geführt, daß ein großer Teil der hiesigen Stadt auf Kalkstein steht. Die Geologen Plauens haben bereits die Fundstelle besichtigt.

fr. Sebnitz, 8. Febr. Nachdem die am 7. Februar zu Prag tagende Generalversammlung der Böhm. Nordbahn, das mit der Regierung abgeschlossene Protokollar-Ueber-einkommen, betr. Aufnahme einer 3½-prozentigen Prioritäts-Anleihe von 15 Millionen Mark, genehmigt hat, dürfte

man endlich an die Ausführung der Bahnverbindung von Sebnitz nach Rixdorf gegangen werden. Damit würde ein langgehegter Wunsch der Sebnitzer erfüllt werden.

Königstein, 6. Febr. Das Bad und Gastro „Schweizermühle“ bei Rosenthal, welches der bisherige Besitzer vor zwei Jahren für 460 000 M. kaufte, ist nunmehr für den Preis von 196 000 M. an den Vorbesitzer durch Versteigerung übergegangen. Gerichtlich wurde das Grundstück auf 235 000 M. taxiert.

Chemnitz, 7. Febr. Hier hat ein Komitee, welches aus allen Gesellschaftskreisen der hiesigen katholischen Gemeinde gebildet ist, die Vorbereitungen für eine demnächst stattfindende Papstjubelfeier eingeleitet. Das Fest findet am 10. März abends im großen Saale des Kaufmännischen Vereinshauses statt. Mehrere auswärtige Redner sind für die in Aussicht genommenen Vorträge gewonnen worden. Der musikalische Teil des Programms liegt in bewährten Händen. — Die Genehmigung zum Bau der zweiten katholischen Schule ist von der Baubehörde nunmehr erteilt worden, sodass in den nächsten Wochen mit der Aushebung des Baugrundes begonnen werden kann, da die Schule selbst, schon vom 1. Oktober d. J. der Benutzung übergeben werden soll. Der Platz, auf welchen der Schulbau zu stehen kommt, liegt auf der Amalienstraße, im sogenannten Sonnenberg-Stadtviertel. Der Platz ist groß genug, um der in den nächsten Jahren dort zu erbauenden zweiten katholischen Kirche, sowie einem Pfarrhaus Raum zu gewähren. Die Einweihung des Vorortes Gablenz, wo eine große Anzahl Katholiken wohnen, ebenso die bedeutende Zahl der Katholiken, welche im Sonnenbergviertel selbst wohnen, macht es zur dringenden Notwendigkeit, daß dort zunächst eine Schule und später eine Kirche zu stehen kommt. — Hier soll es vorgenommen sein, daß ein hiesiger Einwohner an einem Tage zwei Steuerzettel erhalten hat, beide auf seinen Namen lautend, aber ein jeder mit einer andren Steuerklasse und demnach auch mit einem andren Steuerbetrag. Jedenfalls soll es dem Empfänger überlassen bleiben, sich einen von den beiden auszuwählen. — Die Zahl der Arbeitslosen hat sich hier durch den Niedergang der wirtschaftlichen Lage wieder beträchtlich vermehrt. In einigen Maschinenfabriken der Textilmaschinenbranche sind in den letzten Wochen bedeutende Arbeitserlassungen vorgenommen worden; die Stadtleitung läßt nun in dankenswerter Weise verschiedene Arbeiten ausführen, um den armen Beschäftigungslosen Arbeit und Verdienst zu geben. Darum wurden dort, wo unter schöner Stadtpark aufhört, am Chemnitzfluss entlang, verschiedene Erdbewegungen und Ausfällungen vorgenommen, wobei eine annehmbare Zahl Arbeitnehmer beschäftigt wurden.

Leipzig, 6. Febr. Selbst in Nord sucht die 40 Jahre alte aus Hannover gebürtige Konzertsängerin Bella M. zu verlieren, indem sie sich in die linke Seite schob. Die Frau, welche sich durch peinliche Schwierigkeiten zu einem so mutigen Schritt verleitet ließ, wurde ins städtische Krankenhaus überführt. — Durch einflürzendes Gedächtnis wurde bei den Einschätzungsarbeiten ein Arbeiter verschüttet. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. — Die Zahlstelle Leipzig des deutschen Holzarbeiterverbandes zählt, wie in der im Pantheon abgehaltenen Generalversammlung bekannt gegeben wurde, am Schluß des vergangenen Jahres 2545, oder 367 Mitglieder mehr als im Jahre 1901.

Zittau, 6. Febr. Zu der Gesellschaft für Zittauer Geschichte hielt am Freitag der Gymnasial-Oberlehrer Dr. Koch einen interessanten geschichtlichen Vortrag über die Gründung der Stadt Zittau. — Tags vorher fand die Generalversammlung des Gewerbevereins statt, welcher nach dem Jahresbericht 178 Mitglieder zählt. Eine Ausgabe von 5221 M. stand einer Einnahme von nur 4345 M. gegenüber.

Stollberg, 8. Febr. In Flammen ausgegangen ist am Freitag die Ständitelei von Otto, nahe der Hauptkirche.

Volksverein für das kath. Deutschland.

— Die Bezirksguppe Dresden-Johannstadt hielt am Sonnabend im Saale des Hotels „Stephanienhof“ eine gutbesuchte Versammlung ab, welche Herr Timmroth jun. mit Begrüßungsworten an die Erstkomiteen eröffnete. Darauf wurde Herr Lehrer Sträbel zum Vorsitzenden gewählt. Nachdem derselbe in einer längeren Ansprache der verschiedenen Ereignisse gedacht, welche in den letzten Wochen die Katholiken, besonders die der Johannstadt viel beschäftigten, sprach Herr Geschäftsrat Rauer über die kommenden Reichstagswahlen und präzisierte die Stellung des Zentrums in Sachsen dahin, wenn möglich in allen Wahlkreisen einen eigenen Kandidaten in der Person des Reichstagsabgeordneten Dr. Borisch in Breslau aufzustellen. Zu der darauf folgenden lebhaften Diskussion drückte die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Redners aus und glaubte, die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit den später zu bildenden Wahlkomitees überlassen zu können. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

— Residenztheater. Heute und folgende Tage wird mit Fräulein Jenny Groß als Gast das Lustspiel „Um bunte Rot“ gegeben. Mittwoch nachmittag 3½ Uhr gelangt das Kinderstück „Der kleine Wud“ zum letzten Male zur Aufführung und findet diese Vorstellung zum Peifen der hiesigen Kinderheilanstalt statt.

Neueste Nachrichten.

— Zum Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Saal-Sonneberg ist von der Kreisjunioren-Volkspartei Lehrer Sandner proklamiert worden. — Von der Verteilung der Disziplin in der französischen Armee zeigte, daß sich 37 Männer der 11. Train-Eskadron einfach frank meldeten, weil sie mit dem Lieutenant unzufrieden waren; sie traten unter strenger Auflösung des Eskadrons-Kommandanten wieder dem Dienst an. — In dem Streittheile zwischen der boliviäischen und brasilianischen Regierung erklärte erstere, sie stimme der militärischen Bezeugung des Acregebietes durch Brasilien zu, bis der Streitfall entschieden sei. — In Washington glaubt man, daß die Frage bezüglich der trennten Behandlung der Forderungen an Venezuela bald

